

Fünf Gründe gegen die vorschnelle EDIS-Abstimmung im ECON

15.04.2024

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe und die Sparkassen Finanzgruppe fordern den ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments dazu auf, die Abstimmung über die gemeinsame Europäische Einlagensicherung (EDIS) von der Agenda zu nehmen, bis der derzeit laufende Review des Krisenmanagements für Banken (CMDI) abgeschlossen ist.

1. Die Bankenunion ist mehr als EDIS

Die Europäische Einlagensicherung mit der Vollendung der Bankenunion gleichzusetzen ist falsch. Die Bankenunion verfügt schon heute über ein dezentrales und funktionierendes Einlagensicherungssystem. Denn der Schutz der Einlagen ist in jedem Mitgliedstaat durch eine Mindestzielausstattung umfassend gesichert. Safeguards im Fall der Insolvenz einer Bank stellen sicher, dass es keinen Liquiditätsmangel im Entschädigungsfall gibt. Die Bankenunion hat viele Baustellen, die nicht abgeschlossen sind. Ein übereilter EDIS-Beschluss des ECON ist kein konstruktiver Beitrag zur Gesamtdebatte.

2. EDIS passt nicht zu CMDI: Keinen zweiten vor dem ersten Schritt machen

Unser oberstes Ziel ist, Insolvenzen unter Banken zu verhindern. Prävention und Sicherheit unserer Systeme sollen im Rahmen des CMDI Reviews – der Überarbeitung des Krisenmanagements der Banken und Sparkassen – weiter geschärft werden, EDIS wiederum setzt Anreize für Insolvenz und Entschädigung. Und zwar dadurch, dass Mittel, die Institutgruppen selbst für Krisenmanagement ansparen, für Bankenabwicklung in ganz Europa verteilt werden können. Die Behauptung, es handele sich beim vorgeschlagenen Hybridmodell nur um eine temporäre Liquiditätshilfe, trifft nicht zu. Ein Auseinanderfallen von Haftung und Kontrolle wäre unvermeidlich. Mit weitreichenden Folgen.

3. Keine Experimente: Finanzstabilität geht vor

Der unausgewogene Kompromissvorschlag im ECON gefährdet die europäischen Institutssicherungssysteme massiv. Diese sind kein Fremdkörper, sondern fester Bestandteil der Finanzstabilität. Aufgrund einer verbundweiten gegenseitigen Absicherung sind sämtliche Ansprüche der Einlegerinnen und Einleger geschützt. Wertvoll ist auch, dass die Institutssicherung Unterbrechungen von Kreditlinien und Zahlungsverkehrsleistungen für Unternehmens- und Privatkunden bei Schieflagen einzelner Institute ausschließt. Die Institutssicherung funktioniert gerade deshalb so gut, weil sie bestehende Stärken und Besonderheiten berücksichtigt. Nicht ohne Grund gibt es Institutssicherungssysteme unter anderem in Deutschland, Spanien, Polen, Italien und Österreich. Vielfalt und Regionalität ist Garant für die Stabilität des Gesamtsystems und vermeidet unbeabsichtigte Dominoeffekte.

4. Wegfall der Institutssicherung würde Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gefährden

In Anbetracht multipler globaler Risiken muss die Europäische Union ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität sichern. Die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie die Sparkassen Finanzgruppe unterstützen eine stärkere europäische Integration der Kapitalmärkte. Trotz aller Bemühungen werden Fortschritte bei der Kapitalmarktunion aber viele Jahre dauern, so dass Unternehmen auf absehbare Zeit unverändert auf die Finanzierung durch Banken und Sparkassen angewiesen sind. Eine starke europäische Wirtschaft – insbesondere der Mittelstand – braucht deshalb starke und verlässliche Banken. Eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung würde im Krisenfall die Ansteckungsgefahr zwischen den Mitgliedstaaten steigern und nicht nur bankbasierte Finanzierungen, sondern die Finanzstabilität der gesamten Eurozone schwächen.

5. Hektische Entscheidungen untergraben Vertrauen in die EU-Politik

Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund für ein Eilverfahren im ECON-Ausschuss. Im Europawahljahr muss Politik Vertrauen gewinnen und Stabilität vermitteln. Ein Schnellschuss bei EDIS ist ein Wahlgeschenk für Populisten. Angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit braucht es einen ausgewogenen und zukunftsfesten Vorschlag, damit die Banken- und Kapitalmarktunion die Zukunftsfähigkeit Europas stärkt und nicht hinterfragt. Dieser Herausforderung stellen sich die Genossenschaftliche FinanzGruppe und die Sparkassen Finanzgruppe aktiv im Rahmen des laufenden Reviews des Krisenmanagements für Banken (CMDI).

Ansprechpartner:

Sebastian Wolpers
Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.
+49 30 2021 1660
s.wolpers@bvr.de

Dr. Friedrich Paulsen
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
+4930202255233
friedrich.paulsen@dsgv.de